Die Tribüne
Die unabhängige Plattform für eine kritische Beobachtung der Politik im Kanton Zürich!
Jetzt anmelden
die-tribuene.ch

Freitag, 4. Juli 2025 | Nr. 27 | 67. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Neue Bundesrats-App, noch mehr Propaganda
von Reinhard Wegelin
Seite 2

Kanton Zürich
Faire Beteiligung aller Verkehrsteilnehmer
von Ueli Pfister
Seite 3

Aktuell
Ein halbes Jahr für den Staat schuften
von Naemi Dimmeler
Seite 4

Parlamentsgemeinden
Gesinnungskontrollen durch die Stadt Kloten
von Marco Brunner
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Einladung zur DV am 10. Juli in Küsnacht
Seite 8

ABSTIMMUNGSANALYSEN ZUR KANTONALEN STEUERVORLAGE VOM 18. MAI 2025

Zwischen Polarisierung und wirtschaftlicher Vernunft

Die vergangene kantonale Abstimmung zur Steuervorlage hat ein differenziertes Bild ergeben. Zwar fiel die Zustimmung im Vergleich zur Vorlage von 2019 gesamthaft tiefer aus, doch Analysen zeigen nun: Die bürgerliche Wählerschaft, insbesondere jene der SVP, hat ihre Haltung im Grundsatz beibehalten. Der Rückgang der Zustimmung ist primär auf eine stärkere Ablehnung im linken Lager zurückzuführen.

Im Herzen der Schweiz wird Zürich zum Symbol wirtschaftspolitischer Polarisierung. Bild: Pixabay

Die Resultatanalyse offenbart eine klare politische Linie: Je höher der Anteil linker Wählerschaften in einer Gemeinde, desto grösser die Differenz zur Abstimmung 2019. In Gemeinden mit starker SVP-Präsenz hingegen blieb das Niveau der Zustimmung weitgehend stabil. Dies verdeutlicht, dass die Ablehnung nicht aus der eigenen Basis kommt, sondern in erster Linie durch eine Meinungsverhärtung auf der linken Seite des politischen Spektrums getragen wurde.

SVP-Basis standhaft

Besonders in städtischen Regionen wird eine ideologisch geprägte Ablehnungszunahme deutlich. Dort stiess die Vorlage auf geringere Akzeptanz – offenbar auch deshalb, weil sie von linken Kreisen im öffentlichen Diskurs systematisch als «Abbauvorlage» und «Steuergeschenk für Unternehmen» geframt wurde. Der strategische Fokus der Linken auf ein negativ konnotiertes Steuersenkungsnarrativ hat offenbar in städtischen Gebieten und bei jüngeren, weiblicheren, links geprägten Bevölkerungsteilen Wirkung gezeigt. Im Gegensatz zur STAF-Vorlage von 2019, die als Umsetzung eines Bundesgesetzes politisch breiter abgestützt war, wurde die aktuelle Vorlage vor allem als finanzpolitischer Eingriff wahrgenommen, was zu einer stärkeren Polarisierung führte.

Kurzfristiges Denken überwog langfristige Vorteile

Die Zustimmung zeigt auch eine klare Korrelation mit dem Einkommensniveau: Gemeinden mit höheren Durchschnittseinkommen zeigten tendenziell eine geringere Differenz zur Abstimmung 2019 – ein Zeichen dafür, dass die Bedeutung wettbewerbsfähiger steuerlicher Rahmenbedingungen für den Erhalt wirtschaftlicher Stärke offenbar besser erkannt wurde. In wirtschaftlich gut situierten Gemeinden ist das Verständnis für eine verantwortungsbewusste Steuerpolitik grösser – eine Haltung, die die SVP seit jeher vertritt.

Bemerkenswert ist auch, dass in Gemeinden mit hoher Abhängigkeit von juristischen Personen bei den Steuereinnahmen – insbesondere in Agglomerationsgemeinden – der Zustimmungsrückgang besonders deutlich ausfiel. Vermutet wird, dass die Sorge vor kurzzeitigen Einnahmeverlusten durch eine minimale Senkung der Steuerlast zentralen Einfluss hatte. Politisch betrachtet ist dies ein Warnsignal: Wenn fiskalische Stabilität zugunsten kurzfristiger und ideologischer Narrative gefährdet wird, sind Investitions- und Standortentscheidungen ernsthaft bedroht.

Kohärenz innerhalb der eigenen Reihen

Weiter wird ersichtlich, dass es keine Hinweise auf eine Demobilisierung oder gar Abwanderung von SVP-Stimmen gibt. Unsere Basis ist wachsam und informiert. Sie hat sich mit klarer Haltung beteiligt und bleibt der wirtschaftspolitischen Linie treu. Zudem kann der insgesamt tiefere Zustimmungswert nicht auf mangelnde Mobilisierung zurückgeführt werden – die Stimmbeteiligung war zwar tiefer als bei nationalen Vorlagen, jedoch höher als bei der kantonalen Abstimmung 2019.

Aus geschlechterpolitischer Perspektive zeigt sich ein Graben, der sich allerdings primär auf die linksgeprägte, jüngere weibliche Wählerschaft konzentriert. Innerhalb der SVP-Wählerschaft bestehen hingegen kaum geschlechtsspezifische Unterschiede in der Abstimmungshaltung – ein weiteres Zeichen für die Geschlossenheit unserer Anhängerschaft.

SVP setzt auf wirtschaftliche Weitsicht

Die Resultate der Abstimmung belegen keinen inhaltlichen Bruch innerhalb der bürgerlichen Basis. Vielmehr spiegeln sie eine zunehmende ideologische Polarisierung und wirtschaftspolitische Skepsis in linken Milieus wider. Für die SVP ist klar: Der Kanton Zürich braucht eine verlässliche, wachstumsorientierte Steuerpolitik, die den Standort stärkt und Unternehmen wie Privatpersonen Planungssicherheit bietet. Gerade in einer Zeit wirtschaftlicher Herausforderungen darf sich die Politik nicht von kurzfristigen Stimmungen leiten lassen – gefragt ist langfristige Verantwortung durch solide bürgerliche Politik statt ideologischer Reflexe.

Sean Burgess
Kommunikation & Redaktor
Der Zürcher Bote
Rickenbach

Christoph Mörgeli

Diversifiziert statt qualifiziert

Gewissermassen als sozialdemokratische Geheimwaffe kandidierte Mandy Abou Shoak für das Stadtpräsidium von Zürich. Ihre Botschaft lautete: Zürich ist bereit für eine 36-jährige schwarze Frau, eine «gläubige Muslimin» und Sozialarbeiterin, aus dem Sudan stammend und als Kind auf der Asylschiene in die Schweiz gekommen. Mandy Abou Shoak wurde von den SP-Delegierten trotzdem nicht als Kandidatin nominiert. Man las in der «NZZ», es zeige sich wieder einmal, «dass Politik noch immer etwas für privilegierte Schichten» sei. Nun, Mandys sudanesische Mutter arbeitet hierzulande als Zahnärztin und hat ein Haus gebaut. Dermassen privilegiert sind die meisten indigenen Schweizer nicht. Mandy Abou Shoak ist seit zwei Jahren Kantonsrätin und seit wenig Längerem SP-Mitglied. Ihr Mangel an politischen Leistungsausweisen ist so krass, dass es zum Himmel schreit. Ihr Auftritt vor den Parteidelegierten enttäuschte. Nicht einmal die Geschichte von ihrem kleinen Zimmer in der Asylunterkunft schlug ein. Obwohl sie ihre Geschichte gleich auch zum Beruf gemacht hat. Die Diversity-Aktivistin ist als professionelle Anti-Rassismus-Expertin für staatliche und staatsnahe Stellen tätig. Die Journalisten waren wegen Mandy ganz aus dem Häuschen. Und nach ihrem Durchfall bei der Nomination entsprechend erzürnt. Sie sei eine diverse Kandidatin fürs diverse Zürich, «für die der SP dann doch der Mut fehlte» («Republik»). Die SP verliere als «Diversitätspartei» an «Glaubwürdigkeit» und setze auf «Machtkalkül statt Aufbruch» («Tages-Anzeiger»). Sogar die «NZZ» bedauerte die «langweilige Wahl», es herrsche «Unverständnis und Ernüchterung nach dem SP-Entscheid». Ehedem gabs selbst in der SP dynamische «Macher» wie Stadtpräsident Elmar Ledergerber, der die Wirtschaftsmetropole Zürich voranbrachte. Heute kennt die Stadt Zürich ihre eigenen Gesetze der Qualitätssicherung. Mittlerweile leitet ein Velobüro-Betreiber die Finanzen, die Leiterin eines Waldkindergartens das Ressort Sicherheit. Die Landschaft produziert Misthaufen. Die Städte produzieren einen Haufen Mist.

EIN «WAHRHEITSMINISTERIUM» IN DER ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG

Ist die Bundesrats-App wirklich notwendig?

Bundesrat und Bundesverwaltung wollen künftig per App ihre Mitteilungen verbreiten. Der Bundesrat hofft so, «Desinformations- und Beeinflussungskampagnen» stoppen zu können.

Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Die App soll eine zentrale, personalisierbare Plattform für News rund um Regierungsgeschäfte und Bundesverwaltungsthemen bieten. Damit will der Bundesrat seine Kommunikation unabhängiger von kommerziellen Plattformen wie sozialen Netzwerken machen – und gleichzeitig direkter und «vertrauenswürdiger» auftreten, wie er in einer Mitteilung schreibt.

Bessere Informationen für Bundesräte?

Wann genau die App verfügbar sein wird, ist noch offen. Die «NZZ» meinte schon einmal spöttisch: Bessere Information wäre nicht nur für die Bevölkerung notwendig, sondern auch für einzelne Bundesräte. Bundesräte sind zum Beispiel auf Auslandreisen sehr sorglos im Umgang mit sozialen Netzwerken.

Bundesrats-Allmacht

Die Gefahr besteht, dass die Bundesrats-App zu einem Wahrheitsministerium wird. Nur was dort geschrieben steht, soll richtig sein. Der Bundesrat nutzt seine Allmacht, die Bürger zu indoktrinieren. Nur was der Bundesrat sagt, ist richtig. Weiter wird zur Begründung der gouvernementalen App auch das Reizwort «Fake News» benutzt. Die Regierung will sich gegen Fake News wehren. Dabei läuft sie aber immer in Gefahr, anderslautende Meinungen zu unterdrücken.

Laut Medienberichten soll die App personalisierte Inhalte bieten, die auf die Interessen der Nutzer zugeschnitten seien. Ziel sei es, «unabhängig von kommerziellen Plattformen» zu agieren und «Desinformation» entgegenzutreten.

Wirklich offizielle Infos zu dieser App fehlen bislang. Welchen Umfang und welche Funktionalität hat die App? Die Personalisierung der App erfordert die Erhebung von Nutzerdaten, was potenziell zu einer Überwachung der Interessen des Bürgers führen kann. Ohne klare Datenschutzmassnahmen könnte die Privatsphäre gefährdet sein.

Staatlich gefiltert

Eine vom Staat kontrollierte App könnte gezielt Informationen auswählen oder weglassen, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Auch ist an zahlreiche IT-Pannen des Bundesrates zu erinnern. Die Digitalisierungsspezialisten von SmartSpy warnen mit deutlichen Worten: «Während die App Desinformation bekämpfen soll, besteht die Gefahr, dass sie selbst als Werkzeug zur Verbreitung staatlich gefilterter Narrative genutzt wird, was das Vertrauen in unabhängige Medien weiter schwächen könnte.»

Wahrheitsministerium Bundesrat

Die Zürcher SVP-Nationalrätin Barbara Steinemann warnt eindringlich vor Fake News der Landesregierung: «Die grösste Falschinformations- und Propagandaschleuder ist der Bundesrat selbst: Krankenkassenprämien, Schengen-Kosten, Bevölkerungswachstum, Energiewende und neuerdings Kampfflugzeug-Fixpreise.» Die Idee, dass ausgerechnet der Bundesrat eine Instanz für Wahrheit und Fakten sein will, ist befremdlich. Ist doch der Bundesrat für zahlreiche eigene Fake News verantwortlich. Da erinnert man sich eher an George Orwells «Wahrheitsministerium» gegen die eigenen Bürger.

Eine Bundesrats-App birgt die Gefahr staatlicher Überwachung und Bevormundung – wie dies bereits bei der Covid-App der Fall war. Bild: zVg

STANDPUNKT ZUM EU-UNTERWERFUNGSVERTRAG

Tausende Seiten EU-Gesetze, EU-Verordnungen, EU-Richtlinien

Der EU-Unterwerfungsvertrag liegt vor. Das heisst: Wir müssen in wichtigen Bereichen automatisch EU-Recht übernehmen. Bei Streitfällen entscheidet das Gericht der Gegenpartei: der Europäische Gerichtshof (EuGH). Und dafür muss die Schweiz noch Milliarden an die EU zahlen.

Monatelang hat der Bundesrat – allen voran Aussenminister Ignazio Cassis – ein Versteckspiel getrieben. Die EU-Verträge wurden geheim gehalten oder nur ausgewählten Personen zur Ansicht gegeben.

Das war alles andere als transparent und demokratisch. Aber es ist auch ein Vorgeschmack darauf, wie es künftig abläuft, wenn wir den EU-Unterwerfungsvertrag unterschreiben: Beamte und Bürokraten machen Politik im Hinterzimmer, Richter haben das letzte Wort. Und wir Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben nichts mehr zu sagen.

Wichtige Bereiche sind betroffen

Am 13. Juni hat der Bundesrat nun endlich alle Vertragsdokumente veröffentlicht. Die Übersicht zeigt, welche Bereiche von diesem EU-Abkommen betroffen sind: Die bisherigen Verträge (hier ist insbesondere die Personenfreizügigkeit zu nennen) und drei neue Abkommen in den Bereichen Gesundheit, Strom und Lebensmittel.

Die Schweiz verpflichtet sich darüber hinaus zu regelmässigen Zahlungen. Zunächst ist von rund 1,4 Milliarden Franken auszugehen, die wir jährlich leisten müssen. Es ist aber absehbar, dass dieser Betrag ansteigen wird. Die hochverschuldete EU braucht Geld.

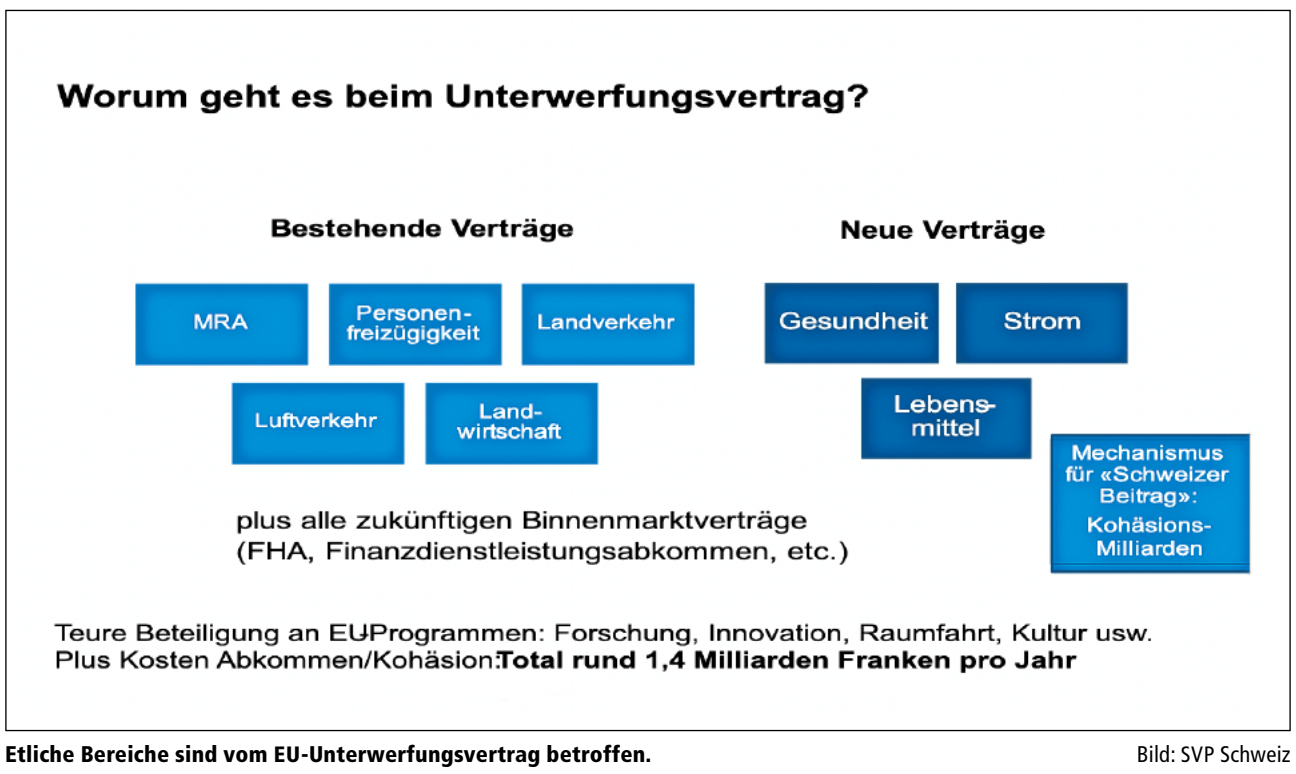
Wie geht es weiter?

Bis Ende Oktober können sich die Parteien und andere Vernehmlassungsteilnehmer einbringen. Die SVP hat Arbeitsgruppen gebildet. Wir werden die Verträge bis ins letzte Detail studieren.

Es ist wahnsinnig, was hier auf uns zukommt. Man will uns quasi mit Tausenden von Seiten Papier zudecken, damit wir das Wesentliche nicht mehr sehen: Wir werden gezwungen, EU-Recht und die EU-Bürokratie zu übernehmen. Auch in wichtigen Bereichen wie der Zuwanderung oder beim Zugang zum Schweizer Sozialstaat.

> *«Es handelt sich um einen Angriff auf unsere direkte Demokratie.»*

Wenn es Streitigkeiten gibt, urteilt der Europäische Gerichtshof (EuGH) abschliessend über die Schweiz – also das Gericht der Gegenpartei. Es steht schwarz auf weiss im Vertragstext, dass das Urteil der EU-Richter «bindend» ist. Wenn wir Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger anders entscheiden, als die EU will, dann darf uns die EU sogar mit Sanktionen bestrafen. Und dafür sollen wir noch Milliarden Franken nach Brüssel zahlen.



Etliche Bereiche sind vom EU-Unterwerfungsvertrag betroffen. Bild: SVP Schweiz

Ein Bürokratiemonster sondergleichen

Die Gesamtmenge an Texten ist massiv: Die verschiedenen Abkommen, Protokolle, Verordnungen, Richtlinien, EuGH-Urteile und Leitlinien umfassen mehrere tausend Seiten. Dazu kommen die Erläuterungen des Bundesrates: Auf 931 Seiten erklärt er aus seiner Sicht die Verträge. Ein Bürokratiemonster sondergleichen.

Wir haben eine Zusammenstellung gemacht und eine Zeitschätzung: Wer die Tausenden von Seiten nur schon durchlesen will, braucht 31 Arbeitstage! Vorausgesetzt man liest aufmerksam und hat juristische Grundkenntnisse. Ohne juristischen Hintergrund verlängert sich die Zeit deutlich, da viele Texte Fachsprache und Querverweise enthalten.

Der Bundesrat will keine Volksabstimmung

Es ist ein Skandal, dass der Bundesrat dieses Vertragsmonster nicht als obligatorische Volksabstimmung vorlegen will. Es handelt sich um einen Angriff auf unsere direkte Demokratie.

Dieser EU-Unterwerfungsvertrag widerspricht den Grundsätzen der Schweiz. Wir haben eine uralte Freiheitsgeschichte. Sie beginnt 1291. Damals haben sich Uri, Schwyz und Unterwalden zusammengeschlossen, um selber über sich bestimmen zu können. Der Bundesrat präsentiert mit dem Unterwerfungsvertrag das Gegenteil: eine einseitige Anbindung an die Europäische Union.

Präsident Marcel Dettling hat kürzlich auf dem Rütli klargemacht, dass wir diesen EU-Unterwerfungsvertrag mit allen Mitteln bekämpfen werden. Wir wollen selber bestimmen, wir wollen keine fremden Richter.

Thomas Aeschi,
Nationalrat und Fraktionspräsident SVP,
Baar (ZG)

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Ein Hitzetag mit vielen parlamentarischen Vorstössen

Wie immer am letzten Montag des Monats tagte der Kantonsrat für eine Doppelsitzung. Das erfordert jeweils sehr viel «Sitzleder»: und das bei 35 Grad im Schatten.

Barbara Grüter
Kantonsrätin SVP
Rorbas

Ja, gut, der Ratssaal ist zum Glück etwas klimatisiert, aber in allen anderen Sitzungsräumen oder Aufenthaltszimmern ist Schwitzen angesagt. Für einmal geht es also auch ausserhalb des Ratssaals hitzig zu und her.

Die Traktandenliste war reich bestückt, nicht weniger als fünf Parlamentarische Initiativen (PI) standen neben Geschäfts- und Tätigkeitsberichten auf dem Programm.

Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton

Viel zu reden gab die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich». Diese fordert, dass Gemeinden unter bestimmten Bedingungen ein Vorkaufsrecht für Grundstücke vorsehen können, um so beispielsweise den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern zu können.

Dazu hat der Regierungsrat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Dieser lehnt das Vorkaufsrecht ab, stattdessen soll der Rahmenkredit für die kantonale Wohnbauförderung auf 360 Millionen Franken verdoppelt werden. So soll der Wohnungsbau ohne staatliche Eingriffe pragmatisch gefördert werden. Die Volksinitiative wurde vom Kantonsrat mit 94 zu 79 Stimmen abgelehnt. Dem Gegenvorschlag des Regierungsrates wurde mit 105 zu 72 Stimmen zugestimmt. Definitiv entscheiden wird das Stimmvolk an der Urne.

Die Alternativen wollen höhere Dividendenbesteuerung

Eine weitere PI forderte eine höhere Besteuerung von Dividenden. Konkret hätte dies bedeutet, dass der steuerbare Anteil von 50% auf 70% hätte steigen sollen. Laut Initianten würde dies dem Kanton und den Gemeinden jährlich mehr Steuereinnahmen bringen, ohne die KMU und Kleinanleger zu belasten. Die höhere Besteuerung soll erst greifen, wenn man mehr als 10% der Aktien besitzt. Dagegen wehrten sich die Bürgerlichen bis weit in die Mitte und sogar noch darüber hinaus. Einer höheren Dividendenbesteuerung könne man nicht zustimmen, wenn ihr kein Ausgleich wie Steuersenkung gegenüberstehe. Auch träfe es nicht die grossen Multiunternehmen mit Tausenden von Aktionären, sondern eben genau die kleineren und mittleren Unternehmungen. Zudem ist die tiefere Dividendenbesteuerung ein fairer Ausgleich zur sogenannten Doppelbesteuerung der Unternehmungen. Schlussendlich stimmten nur 58 Ratsmitglieder für diese PI, für eine Überweisung wären 60 Stimmen nötig gewesen.

Stadt Zürich: Noch die richtige Hauptstadt für den Kanton?

Anhand einer Interpellation wurde diese Frage von Kantonsrat Marcel Suter im Rat diskutiert. Braucht es eine Teilung von Stadt und Land? Erfüllt die Hauptstadt noch all ihre Pflichten gegenüber der gesamten Bevölkerung? Immerhin wohnt nur gut ein Drittel der Bevölkerung in der Stadt, zwei Drittel leben ländlich.

Vergangene Abstimmungen im gesamten Kanton haben gezeigt, dass die Stadt fast ausschliesslich immer gegenteilig zur Landbevölkerung stimmt; beispielsweise will die Stadt Werbeverbote umsetzen, was der ganzen Wirtschaft schadet. Auch ist sie stets konträr zur Mehrheit der Stimmbevölkerung, was den Flughafen Zürich als Wirtschaftsstandort angeht. Eine Spaltung Stadt-Land ist also deutlich ersichtlich. Viele der öffentlichen Dienste befinden sich in der Hauptstadt, so etwa Passbüro, Strassenverkehrsamt und Spitäler, aber auch Kulturstätten wie Museen, Oper, Zoo etc.

Nur sind diese Orte mit der Mobilitätspolitik der linksgrünen Stadt für ländliche Bewohner leider kaum mehr zu erreichen. Der ÖV wird in ländlichen Gebieten eher gekürzt und lediglich in den städtischen und Agglo-Gebieten ausgebaut. Mit dem motorisierten Individualverkehr in die Stadt zu gelangen, wird schier verunmöglicht – Schikanen noch und noch und sowieso kaum mehr Parkplätze. Haben nicht alle Steuerzahler das Recht, ungehindert öffentliche Dienstleister zu erreichen? Und zwar nicht, indem man das Kind beispielsweise mit dem Lastenvelo von Richterswil ins Kinderspital fahren muss.

Die Abschottung der Stadt ist bald schon Tatsache. Frau Stadträtin Simone Brander vergleicht den Regierungsrat des Kantons Zürich mit US-Präsident Trump, weil dieser die Mobilitätsinitiative (kein Tempo 30 auf Hauptstrassen) für gut erachtet. Und auch Stadtrat Raphael Golta macht nach der verlorenen kantonalen Abstimmung betreffend Stipendien für vorläufig Aufgenommene gleich mit einer eigenen städtischen Regelung Stimmung. Wie man künftig mit dem Split umgehen will, war die Diskussion allemal wert. Das Geschäft ist vorläufig erledigt.

Stadt und Land: manchmal ganz nah und doch sehr unterschiedlich. Bild: Adobe Stock

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Parlamentarische Initiative 178/2025 der SVP, FDP und Die Mitte: Auch E-Autos sollen Verkehrsabgaben abliefern

Ueli Pfister
Kantonsrat SVP
Egg

Bis heute werden E-Autos von Verkehrsabgaben verschont, leider wurde dabei die Festlegung eines Ausstiegsdatums verpasst. Von der Regierung wurde verschiedentlich versprochen, dass die Besteuerung angepasst werden müsse, damit der Strassenfonds nicht kollabiert. Diesem wurden in der Vergangenheit für alle möglichen Ideen Gelder entzogen. Der Strassenfonds zeigt heute bereits ein Minus von gegen 500 Millionen Franken. Durch die Umverteilung dieser Gelder wird diese Schuld auf gegen zwei Milliarden Franken anwachsen.

Dass mit der Befreiung der E-Autos von den Verkehrsabgaben die Verbreitung dieser Fahrzeuge forciert werden sollte, ist uns allen bekannt. Die SVP hat sich immer kritisch zu diesen einseitigen Bevorzugungen eines Verkehrsträgers ausgesprochen. Wir brauchen alle Verkehrsträger und alle Beteiligten sollen sich an den Kosten für die Infrastruktur beteiligen. Mit «alle» meinen wir zum Beispiel auch eine mögliche Beteiligung der Velos.

Mit dieser Parlamentarischen Initiative kann ein kleiner Missstand angepasst werden, wenn auch noch nicht zur vollen Zufriedenheit der SVP. Von den Gegnern wird ins Feld geführt, dass der Anteil der E-Mobilität immer noch zu klein sei und darum weiter gefördert werden müsse. Bis diese Initiative ihre Wirkung zeigen wird, werden noch einige Jahre vergehen. Bis dann hat sich der Anteil von E-Fahrzeugen weiter erhöht und einer Gleichbehandlung bei den Verkehrsabgaben steht nichts im Wege. Mit dieser Änderung zahlen E-Autos immer noch nichts in den Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds, welcher durch die Mineralölsteuer geäufnet wird. Für dieses Problem muss der Bund eine Lösung finden.

Die Befreiung von den Verkehrsabgaben ist heute schon kein Grund mehr, um kein E-Auto zu kaufen, und wird erst recht zum Zeitpunkt der Einführung von Abgaben für E-Autos kein Grund mehr sein. Die Anschaffungskosten und die Verfügbarkeit der Ladestationen waren und sind Treiber, welche bestimmen, was angeschafft wird. Wobei gerade bei den Ladestationen der Kanton gegen den Willen der SVP auch massiv subventioniert. Zudem sind die Preise für E-Autos im Sinkflug. Es gibt also keinen Grund mehr, diese Fahrzeuge von der Abgabe zu befreien.

Wichtig ist uns, dass diese Änderung nicht zu einer weiteren Erhöhung der Verkehrsabgaben für Fahrzeuge mit Verbrennermotoren führen darf. Diese Fahrzeuge werden heute teilweise massiv zu stark belastet.

Wir unterstützen die Parlamentarische Initiative für eine zeitgerechte Beteiligung aller Autos, egal mit welcher Antriebsart, an die Finanzierung der notwendigen Infrastruktur.

Das Votum im Kantonsrat als Video:

Alle Verkehrsträger sollen sich an den Kosten für die Infrastruktur beteiligen, so auch E-Autos. Bild: Pixabay

WORTE DER CO-PRÄSIDENTIN DER SVP DER STADT ZÜRICH

Kann Frauenfussball die Welt verändern?

Ja natürlich! Zumindest in der Stadt Zürich. Dies muss glauben, wer in der Stadt Zürich wohnt. Denn seit Monaten trommelt der Zürcher Stadtrat für die Frauenfussball-Europameisterschaft: mit verschiedenen Kunst- und Kulturprojekten, Public Viewings und Strassenfeste werden angekündet. Dies, obwohl die Stadt Zürich nicht einmal Hauptaustragungsort ist – der Final findet nicht bei uns statt; lediglich fünf Spiele. Doch die linke Stadtregierung ist mit missionarischem Eifer unterwegs.

Künstlich erzeugter Hype

Als Einwohnerin der Stadt bin ich nun überzeugt, dass Frauenfussball der feministische Befreiungsschlag für uns Frauen ist. Frauenfussball beseitigt alle angeblichen Nachteile und Ungerechtigkeiten, welche wir Frauen in unserem Leben erleiden. Aus diesem Grund ist das viele Steuergeld, welches rund um diesen Frauen-Sportevent ausgegeben wird, gut investiertes Geld. Spass beiseite! Natürlich ist dieses Aufbauschen allzu durchsichtig. Die Ideologie hört beim Stadtrat nicht einmal mehr beim Sport auf. Um das ideologisch-feministische Überdrehen aufzuzeigen, wird die SVP im Gemeinderat einen entsprechenden Vorstoss einreichen. Wir werden danach fragen, wie viel Geld die Stadt für das ganze Tamtam rund um das Frauen-Fussballturnier ausgegeben hat und in welcher Form und wie gross das Engagement der Stadt Zürich für die (Männer-)Eishockey-Weltmeisterschaft in Zürich im Jahr 2026 sein wird.

Lockeres Geld für Frauenfussballfeste – und knallharte Politik gegenüber Gewerbe und Gastronomie. Derzeit ist Beunruhigendes in Planung: Ganze Quartiere, aktuell im Kreis 4, sollen als Quartierblöcke völlig vom Verkehr befreit werden. Dies, obwohl schon Tempo 30 herrscht und der Autoverkehr die Anwohner nicht stört. Gewerbetreibende schlagen Alarm: Ohne Erreichbarkeit per Auto keine Kundschaft, ohne Kundschaft kein Überleben. Doch das scheint dem Stadtrat egal zu sein.

Rote Karte für Stadträtin Brander

Knallharte Politik wird auch gegenüber uns Bürgern gemacht. Stadträtin Simone Brander hat die beliebten und gut genutzten Entsorgungsgutscheine «entsorgt» – mit der Folge, dass alte Möbel, Matratzen, Spielsachen, Bücher, etc. auf Zürcher Trottoirs landen. Eine saubere Stadt sieht anders aus. Dies hat auch die Mehrheit des Stadtparlamentes so gesehen und sich gewehrt. Mit der Folge, dass Stadträtin Brander den Stopp der Entsorgungsgutscheine nun juristisch erstreiten will. Gesunder Menschenverstand schaltet sich ein: Warum ein System aufheben, dass bestens funktioniert? Die Antwort lässt sich nur mit der Ideologie-Brille der Linken verstehen: Die Stadtbewohner fahren mit dem Auto in die Kehrichtverbrennungsanlage zum Entsorgen – pfui! Und: neue Möbel, einen neuen Fernseher oder eine neue Kaffeemaschine anschaffen, ebenfalls pfui!

Das Abschaffen der Entsorgungsgutscheine ist nichts Geringeres als eine stadträtliche Erziehungsmassnahme. Genauso wie das steuergeldfinanzierte Inszenieren des Frauenfussballs. Hopp Schwiiz!

von Susanne Brunner

Sie lieben die Schweiz?

Treten Sie noch heute der SVP bei und setzten Sie sich für unser Land ein.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Scannen Sie den **QR-Code**, um die aktuellen Videos der **SVP Kantonsratsfraktion** zu sehen.

GEFÄHRLICHE VERWEISE

Nicht 1800, sondern über 20 000 Seiten

Das EU-Paket, das zur Vernehmlassung steht, umfasst tatsächlich nicht nur 1800 Seiten, wie Bundesrat Ignazio Cassis behauptet, sondern über 20 000 Seiten. Weshalb?

Karl Spühler
Alt Bundesrichter SVP
Winterthur

Wer das EU-Vertragspaket näher studiert, stellt mit Überraschung fest, dass dieses nicht nur etwas mehr als 1800 Seiten wie von der Bundesverwaltung behauptet, sondern über 20 000 Seiten umfasst. Zu diesen läuft gegenwärtig eine Vernehmlassungsfrist von nur einigen Monaten. Wer kann die über 20 000 Seiten nicht nur lesen, sondern verstehen und darüber hinaus auch analysieren? Bundesrat Cassis äusserte sich in einem Interview, er habe die etwas mehr als 1800 Seiten gelesen, und zwar zwei Mal. Hat er die Sache nicht nur gelesen, sondern deren Inhalt auch verstanden? Und dies derart, dass er die Wirkungen auf die schweizerische Wirtschaft, die direkte Demokratie, unseren föderalistischen Staatsaufbau, die Grundrechte und die Unabhängigkeit der schweizerischen Justiz des über 1800 Seiten umfassenden Vertragspakets einschätzen kann?

Gefährliche Verweise

Ich wäre dazu innert Frist nicht fähig. Dies aus zwei Gründen. Erstens sind die über 1800 Seiten in schwer verständlichem Amtsdeutsch abgefasst, welches mir zwar aufgrund meiner beruflichen Erfahrung nicht ganz fremd ist, dessen Inhalt ich aber oftmals nur nach wiederholtem Lesen ganz erfassen kann. Zweitens ist festzuhalten, dass sehr häufig auf Erlasse der EU – insbesondere auf komplizierte EU-Verordnungen und EU-Richtlinien – verwiesen wird. Ohne deren Studium ist es schlechthin unmöglich, den Text des eigentlichen Vertrages verstehen und dazu noch pflichtgemäss analysieren zu können. Wenn man die Verweise auf EU-Verordnungen und EU-Richtlinien miteinbezieht, umfasst das EU-Vertragspaket über 20 000 Seiten. Nur aufgrund derer können der Inhalt und dessen Auswirkungen auf unser Land wirklich erfasst werden.

Schon rein formal mangelhaft

Schon während meiner Studienzeiten wurde mir vermittelt, dass in Verträgen aller Art Verweise auf andere Urkunden, insbesondere auf Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und dergleichen, möglichst zu unterlassen sind. Verweise sind brandgefährlich. Ihre Tragweite lässt sich nur schwerlich vor und beim Vertragsabschluss erkennen. Nur bei der Anwendung des Vertrages manifestieren sie sich plötzlich. Dies gilt vor allem, wenn sie wie im Fall des EU-Vertragspaketes fremdem Rechtsdenkens entspringen. Die Verweise machen das EU-Paket nicht nur um vieles länger, sondern auch nicht berechenbar. Deshalb sind sie sehr gefährlich.

Zwei Flaggen, zehntausend Mal so viele Seiten: Das EU-Paket sorgt für Kritik – nicht zuletzt wegen seines Umfangs und der schwer nachvollziehbaren Verweise. Bild: Pexels

ARBEITEN FÜR DEN STAAT?

HAPPY TAX FREEDOM DAY!

Stell dir vor: Erst ab dem 1. Juli arbeitest du für dich selbst. Alles, was du dir in den ersten sechs Monaten des Jahres hart erarbeitet hast, zwackt dir der Staat in Form von Steuern, Abgaben und Gebühren ab.

Dies ist kein düsteres Märchen aus der Zukunft, sondern bereits heute die bittere Realität für den durchschnittlichen Schweizer Steuerzahler. Mehr als die Hälfte deines Einkommens wird direkt oder indirekt abgeschöpft. Damit wollen wir uns nicht abfinden!

Zum diesjährigen Tax Freedom Day hat die Junge SVP Schweiz mit einer gezielten Flyer- und Giveaway-Aktion in Zürich auf diesen unhaltbaren Missstand aufmerksam gemacht. Die Junge SVP setzt sich gegen die immer weiter ausufernde Umverteilungspolitik und die stetig steigende Belastung von Bürger und Wirtschaft ein.

Unser Ziel: Mehr Eigenverantwortung statt staatliche Bevormundung. Weniger Steuern, mehr Freiheit. Die Schweiz und insbesondere auch der Kanton Zürich brauchen wieder eine Politik, die Leistung belohnt statt bestraft.

Naemi Dimmeler,
Präsidentin Junge SVP des Kantons Zürich,
Ellikon an der Thur

Die Junge SVP im Einsatz am Bahnhof Stadelhofen. Bild: JSVP

ZWEITE SCHIFFFAHRT MIT DER MS ETZEL VOM 25. JUNI 2025

Informative und warme Stunden mit den Nationalräten Fehr Düsel und Haab

Die bereits zweite, aber bislang erste öffentliche Schifffahrt mit der MS Etzel auf dem Zürichsee, organisiert von der SVP des Kantons Zürich und gesponsert von einem grosszügigen Gönner, war mit über 50 Personen ausgebucht.

SVP. Diese Schifffahrt stand ganz im Zeichen des EU-Unterwerfungsvertrages mit weiteren Fokusthemen Jugendkriminalität und Agrarpolitik.

Nach einer kurzen Begrüssung durch den kantonalen Parteisekretär Marco Calzimiglia informierte Nationalrätin Nina Fehr Düsel ein erstes Mal über den EU-Unterwerfungsvertrag und ergänzte ihre Ausführungen durch Informationen zur Jugendkriminalität. Danach war dringend Zeit, sich bei hochsommerlichen Temperaturen mit Kuchen, Kaffee oder anderen Getränken zu stärken. Anschliessend übernahm Nationalrat Martin Haab das Wort und erläuterte die Auswirkungen dieses EU-Kolonialvertrages auf die Schweizer Landwirtschaft. Beide Nationalräte konnten die zahlreichen Fragen zu ihren Ausführungen kompetent und zur absoluten Zufriedenheit der anwesenden Gäste beantworten.

Natürlich kamen auch die persönlichen Gespräche untereinander nicht zu kurz. Das Schlusswort übernahm dann wieder der Parteisekretär, der kurz über die Unterstützungsmöglichkeiten der anwesenden SVP-Mitglieder sowie die wichtigen bevorstehenden Termine informierte. Die Juli-Schifffahrt werden wir wieder für einen Neumitgliederanlass nutzen. Notieren Sie sich aber bereits jetzt den Termin der nächsten öffentlichen Schifffahrt am Mittwoch, 27. August, am Nachmittag! Dann dürfen wir die Nationalräte Martin Hübscher und Gregor Rutz begrüssen. Die Anmeldemöglichkeiten werden wir Ende Juli/Anfang August im «Der Zürcher Bote» publizieren.

Wir freuen uns schon jetzt auf die nächsten Schifffahrten und wünschen Ihnen einen weiterhin schönen Sommer.

Die Nationalräte Nina Fehr Düsel und Martin Haab gaben erste Einblicke in den über 1800 Seiten umfassenden EU-Unterwerfungsvertrag – mit Fokus auf Jugendkriminalität und Agrarpolitik. Bilder: SVP Kanton Zürich

GÖNNERVEREINIGUNG KURATORIUM BLAU/WEISS

Sommeranlass des Kuratoriums Blau/Weiss der Zürcher SVP

Der diesjährige Sommeranlass der Gönnervereinigung Kuratorium Blau/Weiss der SVP des Kantons Zürich fand in festlichem Rahmen des Restaurants Zunft zur Saffran statt.

SVP. Über 120 Gäaste folgten der Einladung und sorgten für einen beeindruckenden Rahmen. Als besonderer Gast war Nationalrat Pascal Schmid (SVP, TG) geladen. In seinem engagierten und eindrücklichen Referat sprach er über aktuelle Herausforderungen und Fehlentwicklungen im Bereich des Asylwesens – ein Thema, das bei den Anwesenden auf grosses Interesse stiess.

Eine Mitgliedschaft im Kuratorium ist mit einem Mindestmitgliederbeitrag von 500 Franken pro Jahr möglich. Das Kuratorium führt in der Regel jährlich eine gesponserte Veranstaltung als Dank für die Mitglieder durch.

Nationalrat Pascal Schmid (erster von links) mit Ehefrau Rahel und Nationalrat Benjamin Fischer mit Ehefrau Nicole. Bild: SVP Kanton Zürich

WIDERSPRÜCHE IN DER REALITÄT

Krieg der Narrative: Zwischen Strategie, Täuschung und politischer Verstrickung

Sich widersprechende Narrative waren nach dem US-Militäranschlag auf die Atomanlagen des Irans zu erwarten: Für Donald Trump war es ein Gesamterfolg und der Iran selber redete es schön. Speziell ist aber, dass sich die US-Geheimdienste selber widersprachen. Aus solchen Verlautbarungen wird eines deutlich: Es gibt auch die psychologische Kriegsführung mit ihrer Auswirkung auf die Öffentlichkeit – und wir wissen nichts im Nebel des Krieges.

Bernhard im Oberdorf
Kantonsrat SVP
Zürich

Es ist alles widersprüchlich, was sich derzeit ereignet. So wunderte man sich, dass US-Präsident Donald Trump nach anfänglicher Offenheit plötzlich verkündete, er werde innerhalb von zwei Wochen betreffend den Iran eine Entscheidung treffen. Doch nach zwei Tagen schon schlug er zu. Ist das wieder ein impulsiver Schuss aus der Hüfte? Nicht unbedingt, denn es gibt eine deklarierte Strategie und eine wirkliche Strategie. So könnte die in Aussicht gestellte Denkpause durchaus eine Tarnung gewesen sein, um den Iran betreffend des Zeitpunktes in die Irre zu führen.

Und der Raid mit den B-2-Bombern «Spirit» kam im Windschatten der Luftoffensive der Israeli, genau im gegebenen Zeitfenster: Denn die Israeli hatten die Luftherrschaft über dem Iran, die sie gut vorbereitet gewonnen hatten: Es war ein genialer Präemptivschlag. Das war ganz nach dem genialen Muster des Sechstagekrieges vom Juni 1966. Wenn das die Israeli können, dann ist es widersprüchlich, dass Israel dermassen vom Angriff am 7. Oktober 2023, am 50. Jahrestag des Jom-Kippur-Angriffs, überrascht wurde. Dieser könnte allerdings als ein «Casus Belli», ein Kriegsgrund, passend gewesen sein; der grosse Irrtum war dann aber die barbarische Intensität jenes Angriffs der Hamas.

Widersprüche durch Abhängigkeiten

Dennoch geht die Rede in die Welt, dass der Iran angereichertes Uran noch aus der Anlage Forbo abtransportiert habe. Und hier wiederum geht das Gerücht um, Trump habe den Iran noch rechtzeitig gewarnt. Das wäre wiederum ein Widerspruch: Warum sollte er dies tun, wenn es das Ziel war, das iranische Atomprogramm auszuradieren, das nicht nur Israel, sondern die Welt bedroht? Was aber, wenn Trump als Evangelikaler zwar den Islam ablehnt, aber für die Methode der Islamisten durchaus Respekt empfindet? So wird auch in den USA zunehmend die politische Ebene mit der religiösen der fundamentalistischen Evangelikalen verzahnt. Eine Machtausübung mittels einer Theokratie könnte Trump in seiner Terminologie durchaus noch als «great», als «grossartig», empfinden.

Und es geht auch von verschiedenen Quellen im In- und Ausland die Hypothese aus, dass Donald Trump als Immobilienmogul in den Achtzigerjahren mit Russland und dem Geheimdienst KGB in eine eher intensive Berührung gekommen sei. Wenn sich Trump seit einiger Zeit im Widerspruch zur Tradition der US-Aussenpolitik putinfreundlich gibt, ist das keineswegs geeignet, den Verdacht zu zerstreuen, dass da Abhängigkeiten entstanden sein könnten. Derweil geht das barbarische Töten in der Ukraine – auch an der Zivilbevölkerung – im Windschatten des Irans unvermindert weiter. Dies auch, weil der Ukraine nicht ausreichend Waffen zur Abwehr geliefert wurden; die Zurückhaltung der USA wiegt da schwer.

Mit dem F-35-Deal fährt die Schweiz im Windschatten amerikanischer Interessen – und zahlt den Preis dafür. Bild: Pixabay

Die Schweiz im Spannungsfeld der Widersprüche

Auch in der Schweiz haben wir unsere Überraschung mit dem Flaschengeist des Fixpreises für die F-35-Kampfjets. Wenn da die Schweiz den Vertrag mit der US-Regierung abgeschlossen hat, nun aber der Hersteller Lockheed Martin höhere Preise gegenüber dieser Regierung geltend macht – wegen gesteigerter Kosten, die auch auf die Wirtschaftspolitik dieser Regierung zurückgehen – dann sitzt Helvetia nun gewissermassen im Beiwagen, wenn die höheren Preise weitergegeben werden.

Die so ausgelöste politische Diskussion könnte ihrerseits wieder die Verteidigungsbereitschaft der Schweiz schwächen – ganz im Widerspruch zu dem, was Trump von Europa fordert.

INTEGRALE NEUTRALITÄT

Kriegsführung ohne Armee

Die Schweiz konnte seit 200 Jahren den Krieg vermeiden. Dies, weil sie dank ihrer immerwährenden, bewaffneten und integralen Neutralität den Feind abhalten konnte. Viele bezeichnen dies als Wunder.

Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

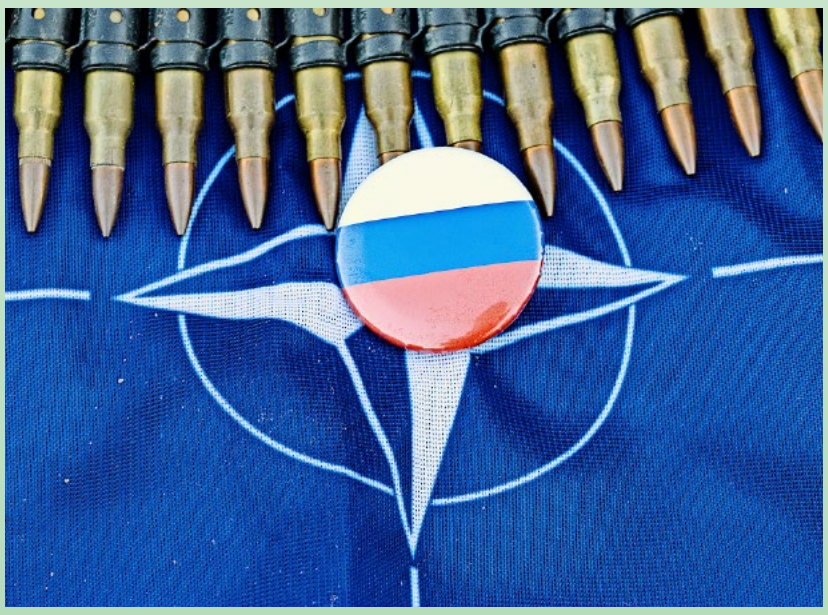
Integral heisst: nicht nur bei Waffenkriegen, sondern auch in Kriegen mit nichtmilitärischen Zwangsmitteln neutral zu sein.

Solche Zwangsmittel sind immer häufiger beliebte Kriegsmittel: Wirtschaftssanktionen, Staatsboykotte, diplomatische Einschränkungen, Visaverweigerungen, Eigentumsentzug usw. Dies führt zu Wirtschaftskriegen mit dem Ziel, den Feind auszuhungern. Wer mitmacht, wird zur Kriegspartei und ist nicht neutral.

Die Neutralitätsinitiative will die bewährte schweizerische Neutralität in der Verfassung festschreiben, damit sie von den Politikern nicht beliebig ausgelegt wird und die Schweiz nicht in Kriege hineingezogen wird. Dies versucht das Parlament mittels eines Gegenvorschlags zu eliminieren und die Neutralitätsinitiative damit zu bodigen.

Doch dieser Gegenvorschlag hält lediglich fest, dass die Schweiz «immerwährend, bewaffnet neutral» sei, aber nicht integral: Nichtmilitärische Kampfmassnahmen wären für Bundesrat und Parlament möglich.

Damit wird die schweizerische Neutralität unglaubwürdig, und die Kriegsgefahr für die Schweiz steigt. Schon einmal in der Geschichte hat die Schweiz die integrale Neutralität preisgegeben. Als die Schweiz vom Völkerbund verpflichtet wurde, Sanktionen gegen Italien durchzuführen, erklärte Italien, dass es bei einer Beteiligung der Schweiz an den Sanktionen den Südteil der Schweiz erobern werde. Die Schweiz kehrte darauf zur integralen Neutralität zurück. Auch im fürchterlichen Zweiten Weltkrieg blieb die Schweiz daher unversehrt. Darum muss die schweizerische Neutralität immerwährend, bewaffnet und integral sein.



Die Gegner wollen die Neutralitätsinitiative verwässern und unsere Neutralität mit nichtmilitärischen Zwangsmitteln untergraben. Bild: Unsplash

Unterstützen Sie die SVP im Kampf für Freiheit und Sicherheit mit einer Spende!

svp.ch/mitmachen/spenden

42. Kantonales
SVP-Schiessen
19. / 27. - 28. Sept. 2025

Schützenhaus Uster
8610 Uster

Schiessbetrieb

Freitag, 19.09.25 17.00 - 20.00 Uhr
Samstag, 27.09.25 08.30 - 15.30 Uhr
Sonntag, 28.09.25 08.30 - 11.30 Uhr

Festansprachen & Absenden

Sonntag, 28.09.25, ab 13.00 Uhr

Anmelden:

Unterstützen:

svp-schiessen.ch

Sommer-Höck
SVP Stadlerberg

Freitag, 18. Juli 2025

Liebe SVP-Mitglieder, Freunde und Zugewandte

Gerne laden wir euch zum Sommer-Höck in die Besenbeiz Huebhof im Bachsertal ein.

Ab 18:30 Uhr treffen wir uns zum Begrüssungsapéro und ab 19:00 Uhr ist das Buffet eröffnet. Es gibt Schweinssteak vom Grill sowie diverse Salate und als krönenden Abschluss eine saisonale Dessertüberraschung.

Das Menü (CHF 35.00) sowie die Getränke gehen zu Lasten der Teilnehmenden.

Zudem dürfen wir als Gast Kantonsrat Patrick Walder begrüssen. Er wird uns in einem Kurzreferat über aktuelle Themen informieren.

Wir freuen uns auf einen tollen Abend mit euch und auf spannende Gespräche!

Anmeldetalon

Anmeldung bis spätestens 10. Juli 2025 an rosmarie.schlatter@svp-stadlerberg.ch, Tel. 079 549 82 73

Ich/wir sind gerne dabei

Name/Vorname .....
E-Mail .....
Anzahl Personen .....

Fadegrad

von
Anita Borer

Masshalten, Grenzen setzen!

Schweizerinnen und Schweizer sind bekannt für Bescheidenheit und anständige Zurückhaltung. Ich bin so aufgewachsen und erzogen worden: Konsumiere nur so viel wie nötig und du dir leisten kannst. Verbrauche nur das, was du wirklich brauchst. Halte dich zurück und schau, dass es für alle reicht.

Alles im Leben ist eine Frage des richtigen Masses. Und ich bin überzeugt: Es ist ein wichtiger Grundsatz für ein friedliches Zusammenleben. Jeden Tag treffen wir Entscheidungen, bei denen es ums Masshalten geht: Wir sagen Nein zur zweiten Crèmeschnitte. Wir bremsen beim Shopping, wenn das Budget zu klein ist. Wir sagen unseren Kindern, wann es genug ist. Wir schliessen unsere Haustür, wenn wir Privatsphäre wollen. Dabei setzen wir auch klare Grenzen. Uns ist bewusst, dass wenn wir gemeinsam in Freiheit leben wollen, wir selbst Verantwortung übernehmen und masshalten müssen. Wir müssen Rücksicht aufeinander nehmen und die Grenzen unserer persönlichen Freiheit kennen.

Warum sollte das, was für viele von uns im Alltag selbstverständlich ist, nicht auch für die Politik gelten? Auch unser Land hat Grenzen. Und ein gesunder Menschenverstand sagt: Wer etwas bewahren will – Zusammenhalt, Lebensqualität, Traditionen – der muss auch «Stopp» sagen können. Nicht aus Abschottung, sondern als Selbstverständlichkeit. Zuwanderung braucht Regeln. Und Mut zur Grenze. So wie wir im Alltag Mass halten, müssen wir das auch in der Politik tun. Denn die Grenzen der Freiheit sind dort, wo wir kein Mass mehr kennen.

Die SVP ist konsequent. Die SVP will auch bei der Zuwanderung masshalten und klare Grenzen für illegale Migration setzen. Eigentlich ist es eine Selbstverständlichkeit. Da aber viele Politiker jegliches Mass verloren haben und eben nicht masshalten können oder wollen, braucht es die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)», über die wir nächstes Jahr abstimmen. Mit der Grenzschutz-Initiative der SVP können wir zudem dem Asylmissbrauch Grenzen setzen. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung bei diesen wichtigen Kämpfen!

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Zürich verkommt zur Velo-Wüste

Zürich wird sehr bald autofrei sein – die Linken arbeiten mit Hochdruck daran. Wöchentlich werden im Gemeinderat linksgrüne Vorstösse zum Thema Veloförderung verabschiedet. Das Ziel ist stets dasselbe: die Maximierung des Platzes für Fahrräder und die Minimierung des Platzes für Autos.

Johann Widmer
Gemeinderat SVP
Zürich

Die jüngsten Vorstösse im Verkehrsbereich fordern die Schaffung von weiteren 10 000 öffentlich zugänglichen Veloparkplätzen sowie 500 zusätzlichen Cargoveloabstellplätzen. Selbstverständlich sollen diese Plätze auf bestehenden Autoparkplätzen eingerichtet werden. Des Weiteren wird ein Witterungsschutz der Abstellplätze gefordert, um die Velos nicht im Regen stehen lassen zu müssen.

Die Fahrspuren für die Autos wurden bereits massiv abgebaut und nun sollen auch noch die wenigen verbleibenden Parkfelder schmaler eingezeichnet werden, damit der Autofahrer gezwungen ist, kleinere Autos zu kaufen, um noch in der Stadt Zürich parkieren zu können. Die Freiheit, das Auto zu kaufen, das man will, wird beschnitten.

Doch nicht nur Parkplätze sollen dem Ausbau der Veloinfrastruktur weichen, auch die private Badmintonhalle soll abgerissen werden, um Platz für eine grosszügige Velobrücke über die SBB-Gleise zu schaffen.

Der SUV-Wahn

Der Umerziehung der Autofahrer wird mit allen Mitteln vorangetrieben. Der Besitz der Sport Utility Vehicles (SUV) soll massiv besteuert werden. Sowohl in der Stadt Zürich als auch auf nationaler Ebene setzen sich die linksgrünen Parteien gegen diese Fahrzeugklasse ein. Dass SUV insbesondere von Gewerbetreibenden für den Transport schwerer Lasten genutzt werden, wird von den Grünen nicht berücksichtigt. Stattdessen wird das Bild des reichen Kapitalisten gezeichnet, der ein SUV für private Zwecke nutzt. Anmerken muss man, dass in meiner Wohnstrasse mehrere grosse Campingfahrzeuge und Familienkutschen wertvolle Parkfläche verstellen, die ausschliesslich von den hier ansässigen «Cüpli-Sozis» genutzt werden. Diese Familien fahren zwar ihre Kinder mit dem Cargobike zur Schule, nutzen aber für ihre Freizeitaktivitäten vornehmlich diese grossen schweren Fahrzeuge. Die Liste der linksgrünen Verkehrsmisswirtschaft ist endlos lang und wird jede Woche länger.

«Cars Run Cities»

Das erklärte Ziel der linksgrünen Politiker ist es, dass alle Autos und Lastwagen aus der Stadt verschwinden – «Cars Ruin Cities» steht auf den allgegenwärtigen schwarzen Klebern in der Stadt. Eigentlich wäre «Cars Run Cities» richtig, denn ohne Autos können die meisten Familien ihre Transportbedürfnisse nicht decken, es gelangt kein einziges Produkt in die Läden und kein Handwerker kann seine Dienste sinnvoll anbieten. Die Forderung der Linksgrünen führt automatisch in die Velo-Wüste.

Um das angestrebte Ziel zu erreichen, werden die Bürger von den linksgrünen Politikern umerzogen. Sie sollen die Kinder mit den schwarzen Kisten der Cargobikes der «Letzten Generation» transportieren, um das Weltklima zu retten.

Es zeigt sich, dass die scheinbar harmlosen Abstimmungen zum Thema Klima der letzten Jahre weitreichende Konsequenzen für unser Leben und die Zukunft der Stadt Zürich haben. Die Umsetzung der umfassenden Umweltmassnahmen durch die linksgrünen Parteien wird häufig mit dem Verweis auf die Zustimmung der Bevölkerung begründet.

Erobern wir unsere Stadt zurück

Sollte bei den Wahlen im nächsten Frühjahr keine politische Wende nach rechts möglich sein und die linken Parteien weiterhin die absolute Mehrheit im Parlament stellen, so wird meine dystopische Zukunftsvision einer Velo-Wüste Realität werden.

«Cars Ruin Cities»: Zürich unter linker Herrschaft. Bild: zVg

AUS DEM KLOTENER GEMEINDERAT

Keine Gesinnungskontrollen in Kloten – SVP warnt vor rechtlich fragwürdiger Extremismus-Initiative

Am 1. Juli hat der Gemeinderat Kloten die Einzelinitiative von Marcel Schmid behandelt, welche verlangt, dass die Stadt keine Liegenschaften mehr an sogenannte extremistische Personen oder Organisationen vermieten oder verpachten darf.

Marco Brunner
Gemeinderat und
Fraktionspräsident SVP
Kloten

Was auf den ersten Blick nach einem Schutz vor problematischen Gruppierungen aussieht, birgt bei genauer Betrachtung erhebliche Risiken für die Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Die SVP Kloten hat sich im Gemeinderat klar gegen die Initiative gestellt. Die vorgeschlagene Regelung ist rechtlich äusserst bedenklich, praktisch kaum durchführbar und öffnet Tür und Tor für ideologische Willkür. Die Begriffe «rassistisch», «sexistisch» oder «fremdenfeindlich» sind nicht klar definiert und lassen sich je nach politischem Klima unterschiedlich auslegen. Wer entscheidet, was noch erlaubt ist und was bereits als extrem gilt? Wer überprüft Gesinnungen im Voraus? Wir lehnen solche fragwürdigen Kontrollmechanismen entschieden ab.

Gefahr der einseitigen Anwendung

In der Debatte habe ich betont, dass Extremismus in jeder Form abzulehnen ist; unabhängig davon, ob er von rechts, von links oder aus religiösen Motiven stammt. Die Initiative, wie sie nun vorliegt, konzentriert sich aber einseitig auf bestimmte Strömungen und droht, linksextreme oder religiöse Extremisten bewusst auszublenden. Eine solche selektive Anwendung ist inakzeptabel.

Wir forderten stattdessen eine konsequente Gleichbehandlung aller extremistischen Ausprägungen ohne ideologische Scheuklappen. Es darf nicht sein, dass der politische Gegner über den Zugang zu öffentlichen Räumen entscheiden kann, während andere Gruppen durchrutschen, nur weil sie besser ins Weltbild passen. Eine politische Einfärbung der Verwaltung ist abzulehnen. Die Meinungsfreiheit muss in einem demokratischen Rechtsstaat für alle gelten – auch für Meinungen, die unbequem sind.

Rechtliche Grundlagen bereits vorhanden

Die Stadt Kloten hat bereits heute die notwendigen rechtlichen Mittel, um im Einzelfall gegen Veranstaltungen mit extremistischen Inhalten oder gegen Sicherheitsrisiken vorzugehen. Dazu braucht es keine pauschalen Gesinnungsvorschriften. Die geltenden Gesetze ermöglichen es dem Stadtrat, Veranstaltungen zu prüfen und bei strafrechtlich relevanten Sachverhalten zu handeln.

Die von der Initiative geforderte Ergänzung der Gemeindeordnung schafft vor allem Unsicherheit und Rechtsstreitigkeiten. Wir warnten davor, dass solche Regelungen unweigerlich zu politischen Auseinandersetzungen darüber führen würden, wer als «extremistisch» gilt und wer nicht. Dies wäre ein direkter Angriff auf die demokratische Grundordnung und ein unnötiges politisches Risiko für die Stadt Kloten.

Die SVP Kloten bleibt deshalb bei ihrer klaren Haltung: Extremismus in jeder Form ist entschieden abzulehnen, aber nicht mit rechtlich fragwürdigen, unausgereiften Instrumenten. Gesinnungskontrollen dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben.

Die Meinungsfreiheit muss in einem demokratischen Rechtsstaat für alle gelten – auch für Meinungen, die unbequem sind. Bild: Adobe Stock

PLANUNGSDESASTER MIT ANSAGE

Nur wird doch mit schwerem Gerät korrigiert

Von einer völligen Fehlplanung ist beim Verkehrsknotenpunkt beim Bahnhof Thalheim die Rede. Nachdem gewisse Befürchtungen betreffend Befahrbarkeit geäussert wurden, muss nun mit schwerem Gerät korrigiert werden.

RoMü. Über den Winter 2024/2025 hat das kantonale Tiefbauamt für 3,168 Millionen Franken unter anderem den Verkehrsknoten bezüglich Verkehrsführung bei der Getreidesammelstelle Thalheim neugestaltet. Wer von Altikon über die Loostrasse Richtung Getreidesammelstelle oder Bahnhof und umgekehrt fahren will, muss die mit sehr engen Radien gestaltete Kreuzung mit S-Kurve durchfahren. Diese Veränderung erfolgte mit der Begründung, dass damit die Verkehrssicherheit erhöht wird, obwohl die Stelle gemäss dem Kanton kein Unfallschwerpunkt war. Doch bereits im Vorfeld gab es kritische Stimmen, dass danach diese etwas komplizierte Kreuzung insbesondere mit landwirtschaftlichen Anhängerzügen nicht mehr befahrbar sein wird.

«Die Befahrbarkeit des Knotens wurde geprüft und sie ist auch für landwirtschaftliche Fahrzeuge mit zwei Anhängern befahrbar», führte der Zürcher Regierungsrat in seiner Antwort der entsprechenden Anfrage aus. Entgegen aller Kritik und geäusserten Skepsis setzte sich das Tiefbauamt durch und der Knoten wurde entsprechend seiner Ideen und Pläne realisiert. Der Verkehrsknoten spielt gerade für die An- und Wegfahrt zur Getreidesammelstelle eine zentrale Rolle. Anlieferungen aus dem Thurtal ab Altikon und aus der Region Wiesendangen/Rickenbach erfolgen über diese etwas komplizierte Kreuzung. Es zeigte sich nun, dass es sich um eine gravierende Fehlplanung mit Ansage handelt: Die Kreuzung ist mit landwirtschaftlichen Anhängerzügen respektive Transportverkehr nur bedingt befahrbar.

Kopfschütteln über Fehlplanung

«Aufgrund von Rückmeldungen aus der Bevölkerung werden die überfahrbaren Betonrampen nun optimiert. Um die Befahrbarkeit zu verbessern, wird der bestehende Absatz reduziert», ist einer Baustelleninfo des Tiefbauamtes zu entnehmen. Zugleich macht das Tiefbauamt aber deutlich, dass an der Geometrie der Kreuzung keine Veränderungen vorgenommen werden. Jetzt ist der Verkehrsknoten wieder für den Durchgangsverkehr gesperrt, um diesen baulich zu verändern. Dabei bleibt es aber nicht bei einem einfachen Absenken der Betonrampen, wie ein Augenschein zeigt. Zwischen der Loo- und Bahnhofstrasse ist die Betonrampe mit schwerem Gerät zurückgebaut worden.

Gegenüber werden auch bauliche Massnahmen vorgenommen. Bei vielen Betroffenen löst diese Fehlplanung mit Ansage nun nur noch Kopfschütteln mit vielen Fragen aus. Trotz der nun nachträglich mehr als gerechtfertigten Kritik hatten die Planer an ihrem Projekt festgehalten und alles entsprechend umgesetzt. «Wer kommt für diese Mehrkosten infolge Fehlplanung auf?», ist im Hintergrund vielerorts zu hören.

Dies ist kein Einzelfall: Bereits vor einigen Jahren hatte der Kanton südlich der Benkener A4-Ein- und -Ausfahrt die Einmündung in die Abiststrasse neugestaltet, die ebenfalls als S-Kurve befahren werden muss. Es brauchte dann mehrere bauliche Korrekturen, um die Fehlplanung zu korrigieren.

Die Korrekturmassnahmen beinhalten auch den Rückbau der Betonrampe auf der Ostseite. Bild: RoMü

Nebenamtliche/r Richter/in mit Hauptsprache Deutsch

Bundesgericht

Mobil und Homeoffice / 15–20 %

Diesen Beitrag können Sie leisten

- Referate erarbeiten und an den Entscheiden des Bundesgerichts flexibel mitwirken

Das macht Sie einzigartig

- Fundierte juristische Ausbildung und umfassende Rechtskenntnisse, idealerweise mit vertieften Kenntnissen im öffentlichen Recht
- Mehrjährige Erfahrung im Justizbereich, vorzugsweise an einem Gericht oder in einer Advokatur
- Hohe zeitliche Flexibilität
- Beherrschung der deutschen Sprache sowie gute Kenntnisse einer zweiten, ev. einer dritten Amtssprache
- Schweizerische Staatsangehörigkeit

Das ganze Inserat mit allen weiteren Informationen zum Bewerbungsprozesse erhalten Sie mit diesem QR-Code:

MEHR SCHUTZ FÜR DIE SVP VOR PHISHING-ANGRIFFEN

Die SVP im Visier der Cyberkriminalität

Phishing-Angriffe nehmen in der Schweiz stark zu – besonders politisch exponierte Persönlichkeiten stehen im Fokus von Cyberkriminellen.

Demian Häring
Vorstand SVP
Bezirk Affoltern
Wettswil am Albis

Parteiexponenten der SVP, darunter Präsidenten, Parlamentarier und Mitglieder der Kampagnenleitung, sind aufgrund ihrer öffentlichen Stellung und des Zugangs zu sensiblen Informationen besonders gefährdet. Angreifer nutzen zunehmend raffinierte Methoden, um über gefälschte E-Mails Zugangsdaten, Dokumente oder Zahlungsdaten zu erlangen.

Gefährdete Kommunikation innerhalb der SVP

Viele Mitglieder der SVP nutzen weiterhin private E-Mail-Konten oder ungesicherte Kommunikationskanäle. Während grosse Unternehmen zunehmend auf professionelle IT-Sicherheitslösungen setzen, fehlt es in der Politik oft an Ressourcen sowie spezifischen Schulungen zum Thema Cybersicherheit. Gerade die SVP als eine der grössten und sichtbarsten Parteien der Schweiz ist dadurch ein besonders attraktives Ziel für Phishing-Angriffe und andere Cyberbedrohungen. Wichtig ist dabei, keine privaten E-Mail-Anbieter für die politische Kommunikation innerhalb der SVP zu benutzen.

Handlungsbedarf bei Schutz und Sensibilisierung

Um die Sicherheit der SVP-Exponenten zu gewährleisten, sind gezielte IT-Schulungen, sichere Kommunikationswege und klare Sicherheitsrichtlinien notwendig. Nur so können vertrauliche Informationen geschützt und Angriffe effektiv abgewehrt werden.

Wer kann die Schulungen durchführen?

- **IT-Sicherheitsfirmen:** Spezialisierte Dienstleister bieten massgeschneiderte Workshops und Awareness-Trainings an und bringen aktuelles Expertenwissen mit.
- **Online-Plattformen und E-Learning:** Digitale Lernangebote ermöglichen flexibles Training und kontinuierliche Auffrischung der Kenntnisse.

Eine Kombination dieser Angebote erhöht die Wirksamkeit und stellt sicher, dass alle Akteure angemessen sensibilisiert werden.

Wie erkennen SVP-Exponenten Phishing?

Phishing-E-Mails lassen sich anhand folgender Merkmale identifizieren:

- **Dringliche oder auffordernde Sprache:** E-Mails, die zu «sofortigem Handeln» auffordern oder mit Sperrungen drohen.
- **Falsche oder verdächtige Absenderadressen:** Adressen, die scheinbar bekannt wirken, tatsächlich aber gefälscht sind.
- **Versteckte Links:** Links, die beim Überfahren mit der Maus eine andere Adresse zeigen als vom Absender aufgeführt.
- **Fehlerhafte Grammatik oder Rechtschreibung:** Häufige Anzeichen für gefälschte Nachrichten.
- **Unerwartete Anhänge:** Keine Dateien öffnen, wenn der Absender unbekannt oder verdächtig ist.
- **Aufforderungen zur Herausgabe sensibler Daten:** Seriöse Organisationen fordern keine Passwörter oder Bankdaten per E-Mail an.

Im Zweifel gilt: Nicht klicken, nicht antworten, nicht öffnen – und die Nachricht sofort löschen. Betroffene Benutzer sollten sich bei dem Webseiten-(E-Mail-)Administrator der SVP-Sektionspartei melden. Bei eindeutigen Hinweisen auf einen Angriff sollte der Vorfall zusätzlich bei der Polizei angezeigt werden.

Phishing-Mails sind wie Taschendiebe auf dem Jahrmarkt – laut, dreist und immer auf der Suche nach einer Gelegenheit. Doch wer wachsam bleibt, schickt die Langfinger mit leeren Taschen nach Hause.

LESERBRIEF

«Lädelisterbe»

Es ist sehr schade, wie das Ladensterben unaufhaltsam weitergeht. Ausgenommen die grossen Supermärkte mit Lebensmitteln und ein paar Kleiderläden ist der restliche Detailhandel langsam aber sicher am Aussterben. Ich habe Anfang der 1980er-Jahre eine Lehre gemacht. Da gab es im Dorf zusätzlich noch Metzgerei, Molkerei, Schuhmacher, Bank, Post und Arzt. Für anderes ging man gerne einmal in die Stadt. Wie konnte es so weit kommen?

Ganz klar: Das Online-Shopping wird immer mehr genutzt. Zusätzlich sind die Auflagen für Gewerbler immer teurer und komplizierter. Einen grossen Teil des Angebots, ausser Lebensmittel, finde ich in den Läden einfach nicht mehr. Wenn ich ein bestimmtes Produkt in den Läden nicht finde, muss ich es halt online bestellen. Wenn ich als Kunde etwas brauche, betrete ich zuerst ein Geschäft, das so einen Artikel haben sollte. Wenn ich den gewünschten Artikel nicht finde, gehe ich wieder. Er könne den Artikel für mich bestellen, sagt der Verkäufer. Das kann ich aber auch selber. Das kommt immer wieder vor und das Geschäft ist dann nach einiger Zeit verschwunden. Und es ist ja nicht so, dass ich etwas Extravagantes oder sehr Aussergewöhnliches suche. Die Sachen gibt es ja noch, einfach nicht mehr in den Läden. Das Internet bietet mir alles an. Es ist bequem und in ein paar Tagen werden mir die Artikel direkt vor die Haustüre geliefert.

Ich möchte noch etwas zur Kundenfreundlichkeit sagen. Freundlichkeit dem Kunden gegenüber ist das eine, Kompetenz, Zuverlässigkeit und Vertrauen das andere. Das hat heutzutage stark abgenommen, finde ich. Der Verkäufer will möglichst gut verkaufen und einem noch ein paar unnötige Garantieverlängerungen und Sonstiges unterjubeln, was ich nicht will. Der Kunde will ernst genommen werden. Mir nützt es nichts, wenn die Verkäuferin supernett ist und ich so beeindruckt bin, dass ich am Schluss mit einer exotischen, sehr teuren Boa Constrictor anstatt mit einem Goldfisch, den ich eigentlich wollte, das Fachgeschäft verlasse.

Dieter Näpflin-Graf, Zürich

Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

BUNDESFEIERN MIT SVP-REDNERINNEN UND -REDNERN

Bezirk Affoltern
Freitag, 1. August 2025, 19.00 Uhr, Löwenplatz (bei schlechtem Wetter im Löwensaal), Hausen am Albis, mit **Regierungsrätin Natalie Rickli**.

Freitag, 1. August 2025, 19.00 Uhr, Gemeindesaal, Zur Mühle 4, Kappel am Albis, mit **Nationalrat Gregor Rutz**.

Bezirk Bülach
Freitag, 1. August 2025, 20.45 Uhr, auf dem Hügel in Oberwil, oberhalb Breitenloostrasse, Nürensdorf, mit **Kantonsrat Tobias Weidmann**, Fraktionspräsident.

Bezirk Dielsdorf
Freitag, 1. August 2025, 21.00 Uhr, Rebhaus, Dorfstrasse 113, Watt, mit **Nationalrat Marcel Dettling**, Präsident SVP Schweiz.

Bezirk Dietikon
Freitag, 1. August 2025, 20.15 Uhr, Waldhütte, Lielistrasse 50, Aesch, mit **Nationalrätin Nina Fehr Düsel**.

Freitag, 1. August 2025, 20.15 Uhr, Embriareal, Im Embri 8, Urdorf, mit **Nationalrat Benjamin Fischer**.

Bezirk Hinwil
Freitag, 1. August 2025, 19.30 Uhr, Gemeindeparkplatz, Oberdürntnerstrasse 6, Dürnten, mit **Nationalrat Marcel Dettling**, Präsident SVP Schweiz.

Freitag, 1. August 2025, 20.00 Uhr, Festhütte Altrüti, Altrütistrasse 4, Gossau, mit **Nationalrat Alfred Heer**.

Bezirk Meilen
Freitag, 1. August 2025, 18.00 Uhr, bei der Badi, Schachenstrasse 6, Oetwil am See.

Bezirk Pfäffikon
Donnerstag, 31. Juli 2025, 19.00 Uhr, Heiget-Huus, Schulhausstrasse 22, Fehraltorf, mit **Nationalrat Martin Hübscher**.

Bezirk Winterthur
Freitag, 1. August 2025, 20.00 Uhr, Schützenhaus, Festzelt, Hagenbuch, mit **Nationalrat Martin Hübscher**.

Stadt Zürich
Freitag, 1. August 2025, 11.30 Uhr, Grossmünster, Zürich, mit **Regierungsrätin Natalie Rickli**.

Kanton Basel-Landschaft
Freitag, 1. August 2025, 17.00 Uhr, Berghaus Oberbölchen, Festzelt, Ober Bölchen 109, Eptingen BL, mit **Bundesrat Albert Rösti** und **Alt Nationalrat Roger Köppel**. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-rehag.ch.

Kanton Schaffhausen
Freitag, 1. August 2025, 17.30 Uhr, Rastplatz Rummelen, Hallau SH, mit **Nationalrat Martin Hübscher**.

Kanton St. Gallen
Freitag, 1. August 2025, 10.00 Uhr, Alp Schindelberg, Goldingen SG, mit **Alt Bundesrat Ueli Maurer**. Nur mit zweistündigem Fussmarsch erreichbar.

Freitag, 1. August 2025, 18.30 Uhr, Bauernhof der Familie Müller, Goldberg 108, Schmerikon SG, mit **Nationalrat Thomas Matter**. Anmeldung bis 27. Juli 2025 unter event@svp-schmerikon.ch.

Die Partei des Mittelstandes

Infolge des altersbedingten Rücktrittes von Bruno Heinzelmann (SVP) aus dem Verwaltungsrat der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) per 31. Dezember 2025 findet eine Ersatzwahl durch den Zürcher Kantonsrat statt. Der freiwerdende Sitz bleibt bei der SVP. Eine Findungskommission der SVP-Kantonsratsfraktion prüft und beurteilt die Bewerbungen, um der Fraktion einen Nominationsvorschlag zu unterbreiten.

Wir suchen per 1. Januar 2026 eine starke Persönlichkeit als

Mitglied des Verwaltungsrates (m/w) der EKZ (ca. 15%)

In dieser anspruchsvollen strategischen Führungsfunktion bilden die 13 vom Kantonsrat gewählten - inklusive dem aus ihrer Mitte gewählten Präsidenten - und 2 vom Regierungsrat bestellten Verwaltungsräte das oberste Organ der EKZ. Diese werden vom Kantonsrat jeweils für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt. Die laufende Legislatur endet im Juni 2027. Eine Wiederwahl ist möglich.

Ihre Aufgaben im Verwaltungsrat umfassen die unmittelbare Aufsicht über die Geschäftsführung.

Hier geht's zum vollständigen Inserat mit Anforderungs- und Kompetenzprofil:

Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen senden Sie an marlies.pfister@svp-zuerich.ch oder an Marlies Pfister, Fraktionssekretariat, SVP Kanton Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf.
Für Fragen steht Ihnen Kantonsrat André Bender unter gp.oberengstringen@bluewin.ch oder unter Tel. 079 403 68 49 zur Verfügung. Einsendeschluss ist der 22. August 2025.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Andelfingen/Flaach
Samstag, 5. Juli 2025, 18.00 Uhr, Sommerfest, Worbighalle, Botzengasse 15, Flaach, mit Alt Bundesrat Ueli Maurer.

Bezirk Andelfingen/Laufen-Uhwiesen
Freitag, 4. Juli 2025, 18.30 Uhr, Grillfest, Schloss Laufen am Rheinfall, Dachsen, mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel. Weitere Informationen und Anmeldung unter info@widiart.ch.

Bezirk Dielsdorf/Stadlerberg
Freitag, 18. Juli 2025, 18.30 Uhr, Grillabend, Besenbeiz Huebhof, Hueb 8, Bachs, mit Kantonsrat Patrick Walder. Kosten: 35 Franken. Anmeldung bis 10. Juli 2025 unter rosmarie.schlatter@svp-stadlerberg.ch.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 5. Juli 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden Dienstag, 16.00 – 21.00 Uhr, Restaurant Altes Gerichtshaus, Wehntalerstrasse 47, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer — ISSN 1660-6701 — Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Der Zürcher Bote — ISSN 2296-3480 — Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6 % MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6 % MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf

Die Partei des Mittelstandes

Dübendorf, 25. Juni 2025

EINLADUNG
zur Delegiertenversammlung
Donnerstag, 10. Juli 2025, 19.30 Uhr
Heslihalle, Untere Heslibachstrasse 33, 8700 Küsnacht

Vorprogramm

Türöffnung und Verpflegung ab 18.30 Uhr, Vorprogramm ab 18.45 Uhr

- Geniessen Sie Sommergrill mit frischen Salaten, Pouletbrüstli und Hacktätschli und zum Dessert: Kuchenbuffet und Glacé vom Schlattgut
- Musikalischer Auftakt durch die Harmonie Eintracht Küsnacht
- Begrüssung durch Gemeindepräsident Markus Ernst (FDP)

Traktanden

1. **Begrüssung und Standortbestimmung** — Parteipräsident
2. **Wahl der Stimmenzähler** — Parteipräsident
3. **Eidg. Abstimmungsvorlagen vom 28. September 2025**
   a) **Abschaffung Eigenmietwert: Parolenfassung**
   Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2024 über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften
   Kontradiktorisch: Pro: NR Gregor Rutz; Kontra: noch offen
   b) **E-ID-Gesetz: Parolenfassung**
   Bundesgesetz vom 20. Dezember 2024 über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise — NR Mauro Tuena

P A U S E mit Verpflegungsmöglichkeit

4. **Kantonale Abstimmungsvorlage vom 28. September 2025**
   a) **Referendum Energiegesetz:**
   Information zur Abstimmungskampagne — KR Tobias Weidmann
5. **JA zur Mobilität für alle (Mobilitätsinitiative)**
   Information zur Abstimmungskampagne — NR Mauro Tuena
6. **Rahmenabkommen** — NR Barbara Steinemann
7. **Verschiedenes**